



Zu verkaufen:

Kein schöner Land

Mittlerweile werden bis zu 50 Prozent der Ackerflächen in Ostdeutschland von ortsfremden Investoren bewirtschaftet. Die Bodenspekulation schädigt Natur und Dorfleben, sagt Agrarwissenschaftler Jörg Gerke. INTERVIEW: PHILIPP WURM

natur: Sie betreiben in der Nähe von Rostock mit ihrem Sohn einen Bauernhof. Beschreiben Sie uns doch bitte Ihre Nachbarschaft.

Jörg Gerke: Da sind riesige Äcker, auf denen fast ausschließlich Getreide, Raps und Mais wachsen. Knapp die Hälfte der Betriebe verfügt über Nutzflächen, die mehr als 1000 Hektar umfassen – industrialisierte Landwirtschaft im Großformat. Auf den Feldern wird Fließbandarbeit geleistet, die Mitarbeiter sitzen in 12-Stunden-Schichten auf den Traktoren. In der kalten Jahreszeit, wenn die Ernte eingefahren ist, werden sie nicht mehr benötigt und entlassen.

Wem gehören diese Felder?

Oft werden diese Flächen von den ehemaligen Chefs der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) bewirtschaftet. Sie haben das Land nach der Wende für einen Apfel und ein Ei erstanden. Das sind oft riesige Einheiten, viel größer zugeschnitten als die Felder in Westdeutschland.

Aus LPG-Bossen wurden Agrarkapitalisten?

Ja, sogar Spekulanten. Viele veräußern ihre Betriebsanteile sukzessive an externe Investoren, etwa Holdings und Aktiengesellschaften. Oder sie verkaufen gleich den ganzen Betrieb. Das passiert in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Ein Geschäft mit unglaublichen Gewinnspannen, besonders seit der Finanzkrise 2008.

Wieso das?

Die Krise hat dazu geführt, dass Boden verstärkt ins Visier der Aktienmärkte geraten

ist, ein stabiles Wertobjekt in unsicheren Zeiten. Zudem boomt durch die Energiewende der Anbau von Biomais. Die Betriebsbesitzer machen ihren goldenen Schnitt: Sie können Boden, der 2002 vielleicht 1000 Euro pro Hektar gekostet hat, mittlerweile für 25 000 Euro pro Hektar an Investoren weiterverkaufen.

Zwei der aktivsten Investoren haben mit Landwirtschaft in den neuen Bundesländern nicht viel zu tun: Die JLW Holding hat ihr Geld mit Immobilien und Seniorenpflege verdient, die KTG Agrar ist ein Landwirtschaftsbetrieb mit Wurzeln in Bayern und Firmensitz in Hamburg. Welchen Nutzen bringen diese Firmen den Regionen, in denen sie Böden bewirtschaften?

Beides sind Aktiengesellschaften, die vor allem an der aktuellen Gewinnentwicklung interessiert sind. Ihr Ziel ist die Ausschüttung möglichst hoher Dividenden an die Aktionäre. Deshalb bleibt das erwirtschaftete Geld wahrscheinlich nicht in der Region, sondern fließt in die Taschen der Anteilseigner. Haben die Firmen zudem ihren Sitz woanders, bleiben nicht einmal die Steuern auf die Gewinne in der Region. Dem Fiskus entgehen Einnahmen – in Landstrichen, die ohnehin schon strukturschwach sind. Die Firmen sind per Definition nicht an der nachhaltigen Kultivierung ihrer Böden interessiert. Sie setzen auf schnelle, rationalisierte, industrielle Landwirtschaft: großzügig arrondierte Felder, bestellt von großen Maschinen und wenigen Menschen.

Kritiker wie das „Bündnis Junge Landwirtschaft“ – eine Interessengemeinschaft idealistischer Nachwuchsbauern – werfen diesen Investoren „Land Grabbing“ vor, also illegitime Landaneignung. Der Begriff beschreibt eigentlich die Ausbeutung von Entwicklungsländern. Kann man ihn auf Deutschland übertragen?

Ich war anfangs skeptisch, weil mir das Wort zu plakativ war und ich die Umschreibung „Ausverkauf an externe Investoren“ für angebrachter halte. Außerdem haben manche Großbetriebe den Begriff zu ihren Gunsten instrumentalisiert, mithilfe der Lobbyisten der Landesbauernverbände. Sie behaupten einfach: Seht her, es gibt böse ortsfremde Investoren, die den Ostdeutschen das Land wegnehmen!

Um sich vor Konkurrenz zu schützen.

Es ist komplizierter: Die staatliche Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, die BVVG, verpachtet und verkauft bis heute die öffentlichen Flächen aus den alten DDR-Beständen. Großbetriebe und Landesbauernverbände werfen der BVVG nun vor, die Grundstücke zu teuer unter



Schweine- und Rinderställe der ehemaligen LPG Tierproduktion Bentzin im Kreis Demmin, kurz vor dem Abriss (1996).

den Hammer zu bringen – zu Preisen, die sich nur die Konzerne leisten können, nicht aber regionale Landwirte. Leider haben Zeitungen wie der „Tagesspiegel“ und die „Frankfurter Rundschau“ sowie Regionalzeitungen wie die „Märkische Oderzeitung“ die Argumentation einfach übernommen, ohne genau hinzuschauen.

Wieso leider? Die Versteigerung des Landes zu Höchstpreisen ist doch ein Problem.

Aber da hört die Geschichte nicht auf. Die lokalen Großbetriebe wollen die Grundstücke nur deshalb preiswerter erwerben können, um sie später mit umso größerer Gewinnspanne an die Agrarkonzerne weiterzuverkaufen. Das ist doch eine absurde Entwicklung!

Mit welchen Folgen für die Natur?

Viele Betriebe, die industriellen Anbau betreiben, setzen auf Monokulturen – mit hohen Mais- und Getreidebeständen. Wenn Ende Juni, Anfang Juli die Felder abgeerntet sind, bleibt oft kein Unterwuchs mehr, eine Folge der großen Herbizid-Mengen, die ausgebracht werden. Tiere finden keine Unkräuter, die ihnen als Futter dienen könnten. Hasen verschwinden, Störche suchen das Weite. Auch Bienen machen sich davon, mangels Blüten- ➤

Jörg Gerke

hat Agrarwissenschaften studiert und ist promovierter Bodenchemiker. Er war Mitglied im Bundesvorstand der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ und betreibt den Blog ostdeutsche-bodenpolitik.de. 2008 hat er das Buch „Nehmt und euch wird gegeben – Das ostdeutsche Agrarkartell“ veröffentlicht. Seit 1994 betreibt er in Rukieten in der Nähe von Rostock einen mittelständischen Ökobauernhof.

pflanzen. Weil die bewirtschafteten Flächeneinheiten so gewaltig sind, finden sich zudem über Quadratkilometer hinweg kaum noch Hecken und Wäldchen. Damit fehlen die Puffer, die Erosion und massive Sand- und Staubverwehungen verhindern können. Im April 2011 hat ein Sandsturm auf der A19 in der Höhe von Rostock eine Massenkarambolage verursacht, 82 Autos sind ineinander gerast, es gab acht Tote und 182 Verletzte. Ein Extremfall, der in den Agrarministerien leider nicht zu einer Debatte geführt hat.

Wie steht es um das Leben in den Dörfern, wenn die Bauernhöfe anonymen Großbetrieben weichen?

Ostdeutsche Landwirte protestieren gegen die Treuhand-Nachfolgeorganisation BVVG (1995). Sie werfen ihr bevorzugte Landvergabe an die LPG-Nachfolger vor.



Ein Großbetrieb, der einem Investor oder einem ehemaligen LPG-Kader gehört, unterhält im Schnitt 2000 bis 3000 Hektar Land, das sich auf fünf oder sechs Dörfer erstreckt. In einem dieser Dörfer hat er sein Zentrum, wo Anlagen und Maschinen stehen und womöglich das Vieh gehalten wird. Eine Rationalisierung, die dazu führt, dass die anderen Dörfer verwaisen und dort die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gehen. Zu DDR-Zeiten haben einmal 850 000 Menschen auf den Feldern gearbeitet, heute sind es weit weniger als 200 000. Natürlich hätte man nicht alle Arbeitsplätze nach der Wende erhalten können. Aber man hätte jene Betriebe subventionieren können, die der Rationalisierung widerstehen und noch in nennenswerter Zahl Beschäftigte aus der Region an sich binden. Das ist aber nicht geschehen. Die Landflucht junger Menschen in Ostdeutschland ist großteils dem Zusammenbruch des landwirtschaftlichen Arbeitsmarkts geschuldet. Trostlose Dörfer ohne Geschäfte und Gaststätten sind ein typi-

sches Szenario – auch im Landkreis Rostock, wo ich meinen Hof betreibe.

Warum lassen die Agrarministerien die Bodenspekulation zu?

Man muss bedenken, dass viele Agrarpolitiker in den ostdeutschen Bundesländern in der DDR aufgewachsen sind. Sie sind sozialisiert worden mit Riesenbetrieben wie zum Beispiel dem Ferdinandshof in Vorpommern, ein volkseigener Betrieb, in dem 40 000 Rinder und 12 000 Schweine gemästet wurden. Heute existiert dieser Betrieb als GmbH weiter. Das agrarpolitische Leitbild dieser Zeit hat überlebt: Großflächenlandwirtschaft, möglichst effizient. Dieselbe Einstellung dominiert in

den Landesbauernverbänden. Sie sind die mächtigsten Wirtschaftsverbände in Ostdeutschland, einflussreicher noch als die Industrie- und Handelskammern. Ihre Lobbyisten sitzen in den Landeshauptstädten, aber auch in Berlin und Brüssel, und vertreten eins zu eins die Interessen einer kleinen Gruppe von Großbetrieben. Unterstützt werden sie vom wissenschaftlichen Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums, dessen Agrarökonom immer wieder auf die Kostenvorteile durch Großflächenlandwirtschaft hinweisen.

Könnte ein Grund für die großen Felder in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sein, dass die Böden einfach weniger fruchtbar sind?

Nein, da gibt es keinen Zusammenhang. Die Böden sind dort genauso fruchtbar wie anderswo in Deutschland. Es mag sein, dass im Süden Mecklenburg-Vorpommerns und Teilen Brandenburgs die Böden manchmal sandiger sind, was die Bewirtschaftung erschweren kann. Aber das fällt nicht groß ins Gewicht und ist Ausdruck

einer natürlichen Heterogenität, wie sie auch in anderen landwirtschaftlich geprägten Regionen nicht untypisch ist. Deshalb sind in diesen Bundesländern auch keine größeren Felder als woanders nötig.

Welche politischen Instrumente gäbe es denn, die Landnahme durch industrielle Landwirtschaft zu begrenzen?

Flächen aus öffentlicher Hand, die noch aus alten DDR-Beständen stammen und bis heute treuhänderisch verwaltet werden, sollten bevorzugt an kleine bäuerliche Betriebe verpachtet oder verkauft werden – und eben nicht an die zahlungskräftigen Großbetriebe. Außerdem müssten die Agrarsubventionen der EU in ihrer heutigen Form abgeschafft werden. Sie bevorzugen die Großgrundbesitzer. Weil die Beihilfen pro Hektar ausgeschüttet werden, können sie kräftig abkassieren: etwa 300 Euro pro Hektar. Stattdessen sollten Landwirte subventioniert werden, die nachhaltig wirtschaften und zum Beispiel Ökoanbau betreiben, den Naturschutz ernst nehmen und Tiere artgerecht halten. Letztlich geht es darum, den Flächenbesitz breit zu streuen – an kleine und mittlere Betriebe. Das ist das beste und wirksamste Mittel gegen Land Grabbing.

Ihr Vertrauen in eine bäuerliche Landwirtschaft, getragen von kleinen und mittleren Betrieben, scheint grenzenlos. Warum ist das so?

Zuerst einmal: Ich hänge keiner Heile-Welt-Romantik an. Natürlich muss auch ein Landwirt mit einem kleineren Bauernhof unternehmerisch denken. Aber weil er mit seinem Privatvermögen haftet, tut er das mit einem ganz anderen Verantwortungsbewusstsein. Außerdem ist ein Bauer daran interessiert, die Böden so zu pflegen, dass sie auch noch Jahrzehnte später an die nachkommende Generation weitervererbt werden können. Ich persönlich achte deshalb zum Beispiel auf eine vielfältige Fruchtfolge, pflanze Klee und Luzerne im Unterwuchs an – als Futter für Tiere, aber auch um die Böden nicht veröden zu lassen. Leider wird diese Art der Landwirtschaft politisch blockiert. Und ich habe keine Hoffnung, dass sich das in Zukunft ändern wird. Im Gegenteil: Bodenspekulation ist einfach zu lukrativ, und es gibt bislang zu wenig öffentlichen Druck auf die Politik, die Ausbreitung dieses Geschäftsmodells einzudämmen. ■